

Wahlprüfsteine

1. Rüstungsexportpolitik (aus Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel)

Frage 1

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

Ich halte zwar eine komplett waffenfreie Welt für ein erstrebenswertes Ziel, bin aber der Meinung, dass dies nur gelingen kann, wenn tatsächlich alle mitmachen. Da es in wesentlich einfacher gelagerten Fragen schon keinen Konsens gibt, wird es dazu, jedenfalls zu meinen Lebzeiten, nicht kommen. Nach Art. 26 Abs. 2 des Grundgesetzes dürfen zur Kriegsführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung in Verkehr gebracht werden. Das Kriegswaffenkontrollgesetz regelt weitere Einzelheiten bezüglich des Genehmigungsverfahrens und der zuständigen Genehmigungsbehörden. Die in § 6 Kriegswaffenkontrollgesetz aufgeführten Versagungsgründe halten wir für ausreichend. Insbesondere § 6 Abs. 2 c und Abs. 3 a Kriegswaffenkontrollgesetz stellen eine hinreichende Grundlage für eine Versagung von Waffenexporten in Spannungsgebieten dar. Was ich aber für richtig und erforderlich halte ist, dass Deutschland nicht Rüstungsexporte ausweitet und dass die bestehenden Rüstungsrichtlinien nicht weiter ausgehöhlt werden.

Bevor ich auf Ihre weiteren Fragen eingehe, möchte ich noch meinen grundsätzlichen Standpunkt zu Fragen von Rüstung, Krieg und Frieden einfügen:

Diplomatie war schon immer das Mittel der Wahl, bevor militärische Kräfte eingesetzt werden. Dazu gehört auch, Konfliktpotential in den jeweiligen Ländern zu identifizieren, um mit ziviler Unterstützung einem Anschwellen von Krisensituationen entgegenzuwirken. Der Einsatz militärischer Kräfte darf immer nur Ultima Ratio sein: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und einem politischen Gesamtkonzept.

Langfristiges Ziel muss eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen sein. Als ersten Schritt in diese Richtung sollten im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen können die Voraussetzungen für einen solchen Abrüstungsvertrag positiv beeinflusst werden. Als Abgeordneter könnte ich durch Öffentlichkeitsarbeit,

auf die Unterstützung von Bürgerinitiativen und durch Anträge auf ein entsprechendes Regierungshandeln hinwirken.

Frage 2

Setzen sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

In Anbetracht der zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen weltweit ist eine Eindämmung von Rüstungsexporten zwingend erforderlich. Die SPD hat in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat.

Im Falle meiner Wahl würde ich mich nicht für ein rechtsverbindliches Verbot von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern einsetzen, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass diese Produkte voraussichtlich in bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen verwendet werden, weil ein solcher Verdacht ja grundsätzlich bei Rüstungsexporten, jedenfalls bei mir, besteht. Würde ich bei dieser Frage mit „ja“ antworten, hätte ich die Frage oben (Änderung von Art. 26 GG) ebenfalls bejahen müssen. Richtiger finde ich, Rüstungsexporte nicht weiter auszudehnen und auf die strikte Einhaltung bestehender Rüstungsrichtlinien zu achten. Dies kann aber nach der derzeitigen Regelung in Art. 26 II GG erreicht werden. Im Übrigen lehne ich Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen Menschenrechte missachtet und verletzt werden, ab. Wenn die jetzige Bundesregierung, entgegen Art. 26 II GG, entsprechende Genehmigungen großzügig erteilt, sollte dies die anstehende Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.

Frage 3

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Diesen Weg wollen wir und will ich im Falle meiner Wahl entschlossen fortsetzen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig, gesetzlich zu fixieren. Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und

Nato-gleichgestellten Ländern enthalten. Denn klar ist doch: die Waffen der Bürgerkriege sind die Kleinwaffen. Sie bringen Leid und Zerstörung in vielen Bürgerkriegsgebieten dieser Welt. Dem Handel mit diesen Waffen müssen wir einen Riegel vorschieben. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik sowie eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene der EU ein.

Frage 4

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Nein. In konsequenter Fortführung meiner ersten Antwort auf die Frage nach einem grundsätzlichen Verbot, würde ich mich auch nicht gegen die Lizenzvergabe stellen, es sei denn Art. 26 II GG würde greifen.

Frage 5

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben. Ich bin für die Schaffung eines parlamentarischen Gremiums im Deutschen Bundestag, das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert. Insofern bejahe ich Ihre Frage nach meinem Einsatz für eine obligatorische zeitnahe Information der Abgeordneten und für ein Vetorecht des Deutschen Bundestages im Falle meiner Wahl.

2. Verhältnis Deutschland/Europa – Russland

Frage 6

Stimmen Sie mit der Einschätzung überein, dass Russland die Krim aus nationalen wie militärischen Gründen keinesfalls an die Ukraine zurückgeben wird? Wenn ja, wie stellen Sie sich unter dieser Voraussetzung das zukünftige Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland vor?

Europa und Russland sind geographisch untrennbar miteinander verbunden. Russland ist historisch, kulturell und geographisch ein integraler Bestandteil Europas. Es liegt an beiden Seiten, ob sich daraus partnerschaftliche Beziehungen entwickeln, die zu einer win-win-Situation führen können. Die Vertrauenskrise, die durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und den Konflikt in der Ukraine ausgelöst wurde, ist jedoch eine Bürde für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber gerade deshalb dürfen wir nicht aufhören, langfristig zu denken. Wir müssen daran arbeiten, das Leben der

Menschen in unserem gemeinsamen Raum zu verbessern – durch Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, das immense Potenzial grenzüberschreitender wirtschaftlicher Vernetzung zu nutzen.

Frage 7

Sind sie der Meinung, dass die großen internationalen Fragen (Ost-Ukraine, Syrien, internationaler Terrorismus...) nur mit, nicht gegen Russland gelöst werden können?

Die Lage in der Ostukraine ist aus meiner Sicht nach wie vor fragil. Auch nach der weitgehenden Einhaltung der Waffenruhe zwischen den Konfliktparteien ist der Konflikt ungelöst. Militärische Aktionen, egal von welcher Seite, können in der Ukraine nicht zu einer dauerhaften Lösung führen. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) führt das von seinem Amtsvorgänger Frank-Walter Steinmeier (SPD) begonnene deutsche Engagement für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ostukraine fort. Mit ihnen bin auch ich fest davon überzeugt, dass es nur eine politische Lösung geben kann, an der auch Russland aktiv mitwirkt. Beide Konfliktparteien müssen deshalb die in Minsk getroffenen Vereinbarungen Punkt für Punkt umsetzen. Ich bin für ein partnerschaftliches Verhältnis mit Russland und offen für einen Dialog über eine europäische Friedensordnung. Die Achtung des Völkerrechts und die Wahrung territorialer Integrität sind für uns jedoch nicht verhandelbar.

Selbiges gilt meiner Meinung nach auch für Konflikte im Nahen Osten und in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Die alte Geopolitik existiert nicht mehr. Wir leben nicht mehr in einer Welt mit zwei Blöcken. Die Welt ist komplexer geworden. Deshalb müssen wir Felder identifizieren, bei denen es eine Überschneidung von Interessen gibt, die zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit führen kann. Dazu gehören Überlegungen für einen gemeinsamen wirtschaftlichen Raum vom Atlantik bis zum Pazifik genauso wie die Bewältigung der Krisen in Syrien, im Irak, in Libyen und die Bekämpfung des international operierenden Terrorismus. Insbesondere im Syrienkonflikt, aber auch bei den Bemühungen um eine Stabilisierung Libyens sind beide Seiten auf eine konstruktive Zusammenarbeit angewiesen. Dass dies gelingen kann, haben die Verhandlungen über das Atomabkommen mit dem Iran gezeigt, an dessen Zustandekommen auch Russland einen maßgeblichen Anteil hatte.

Es ist in unserem Interesse, dass Russland an der internationalen Verantwortungspartnerschaft teilnimmt. Gerade in Krisenzeiten, wie wir sie gegenwärtig erleben, sind Formate wie die G8 wichtig. Deshalb sollten wir nach Wegen suchen, die Russland die Rückkehr in dieses Gremium

ermöglichen. Isolierung und Abschottung haben in der Geschichte noch nie zu einer dauerhaften Lösung geführt. Dies gilt auch mit Blick auf die gegen Russland verhängten Sanktionen. Sanktionen sind kein Selbstzweck, sie sollen und dürfen auch nicht dazu dienen, Russland in die Knie zu zwingen. Vielmehr sollen sie Anreize für Verhaltensänderungen schaffen. Ein „Alles oder Nichts“ ist kein erfolgversprechender Ansatz. Daher unterstützen wir die Vorschläge, dass bei substanziellen Fortschritten bei der Umsetzung von Minsk auch schrittweise Sanktionserleichterungen erfolgen müssen. Langfristig geht es darum, wieder umfassend mit Russland zu kooperieren, auch im wirtschaftlichen Bereich.

Dies setzt allerdings die Bereitschaft auf russischer Seite voraus, sich aus der größtenteils selbst verursachten Isolation wieder herauszulösen und Dialog- und Kooperationsangebote auch aufzugreifen. Die in Russland verbreitete Wahrnehmung, sich von Feinden umzingelt zu sehen, ist historisch erklärbar, entspricht aber nicht der Realität. Vereinbarungen der Europäischen Union mit ihren Nachbarn richten sich nicht gegen Dritte. Umgekehrt dürfen Dritte unsere Nachbarn auch nicht daran hindern, solche Vereinbarungen zu treffen. Das Bekenntnis eines Nachbarlandes zu europäischen und transatlantischen Werten und Institutionen ist noch lange kein Beleg für eine antirussische Verschwörung.

Frage 8

Stimmen Sie der Einschätzung zu, dass Druck von Seiten der NATO und der EU die Positionen der russischen Regierung nur verhärten kann und somit die Lösung anderer drängender Weltprobleme verhindert?

Aus meiner Sicht fühlt sich Russland seit Langem in der Defensive gegenüber einer vermuteten westlichen Vorwärtsstrategie. Präsident Putin wies in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 mit scharfen Worten darauf hin, dass Moskau die russischen Sicherheitsinteressen gefährdet sieht. Diese Bedrohungsperzeption ist gepaart mit dem Narrativ der Wiedererlangung nationaler Größe Russlands und der Betonung der Gegensätzlichkeit russischer und westlicher Wertvorstellungen. Die russische Doktrin, wonach auch sogenannte Auslandsrussen den Schutz des russischen Staates genießen, war eines der Begründungsmuster für die gewaltsame Annexion der Krim und hat in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion besondere Besorgnis hervorgerufen.

Angesichts dieser russischen Vorgehensweise ist es nachvollziehbar, dass sich insbesondere unsere osteuropäischen Partner in Polen und im Baltikum in ihrer Auffassung bestärkt sehen, dass man Russland gegenüber politische und militärische Stärke zeigen muss, um nicht selbst Opfer einer befürchteten russischen Expansion zu werden. Daher waren es gerade diese Staaten, die sowohl harte Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union gegenüber

Russland forderten als auch die NATO vergeblich dazu drängten, die NATO-Russland-Grundakte von 1997 aufzukündigen und permanent NATO-Truppen in ihren Ländern zu stationieren.

Für uns war immer entscheidend, dass an der NATO-Russland-Grundakte festgehalten werden muss. Denn mit ihr wurde der NATO-Russland-Rat geschaffen, in dem sich die Teilnehmer regelmäßig, aber auch bei Bedarf direkt konsultieren können. Darüber hinaus beinhaltet die Grundakte gemeinsame Felder der Rüstungskontrolle und den Verzicht der Stationierung von Atomwaffen in den neuen Mitgliedstaaten der NATO.

So wie es richtig war, seitens der Europäischen Union in völliger Übereinstimmung mit Deutschland deutlich zu machen, dass für einen Ausweg aus der Konfliktlage in der Ukraine nur eine friedliche und keine militärische Reaktion in Frage kommt, so war es auch wichtig, eine gemeinsam vertretbare Reaktion der NATO auf das russische Verhalten zu finden. Dies geschieht mit den sogenannten Rückversicherungsmaßnahmen, an denen wir uns beteiligen, ebenso wie mit der Umsetzung der Beschlüsse des NATO-Gipfels 2014 von Wales.

Die Erfahrungen aus den 70er und 80er Jahren lehren jedoch, dass neben dem gemeinsamen Willen zur Verteidigungsbereitschaft immer auch das Instrument des Dialogs und Kooperationsangebote dazu gehören müssen. Ansonsten droht unweigerlich eine gefährliche Eskalationsspirale, die zu noch mehr Konfrontation und Unsicherheit führt und weder die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa noch bei anderen Konflikten in der Welt löst. Daher ist in der aktuellen Situation eine Diskussion mit unseren Partnern über den Nutzen von Abrüstung und Rüstungskontrolle für die Sicherheit in Europa notwendig

3. Flüchtlingssituation

Frage 9

Was sind Ihre Vorschläge für eine Bekämpfung von Fluchtursachen?

Armutsbekämpfung sowie Krisen- und Konfliktprävention sind die Schlüssel zu einer erfolgreichen Fluchtursachenbekämpfung. Nicht immer lassen sich Migrations- und Fluchtursachen scharf voneinander abgrenzen. Wir sind jedoch überzeugt, dass Menschen, die in Frieden leben können und für sich und ihre Kinder Zugang zu Einkommen, Nahrung, Bildung und Gesundheitsdiensten haben, nicht freiwillig ihre Heimat verlassen, wenn diese ihnen eine Zukunftsperspektive bietet. Wo dagegen Krieg und Gewalt herrschen, werden die Grundbedürfnisse von Menschen verletzt und ihr Recht auf ein Leben in Würde mit Füßen getreten. Der Krieg in Syrien hat eine ganze Region destabilisiert. Zivile Krisen- und Konfliktprävention bzw.

Konfliktnachsorge sind daher Schwerpunkte sozialdemokratischer Außenpolitik. Dafür sind 250 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die systematische Einbeziehung von Frauen in konfliktvermeidende und friedenskonsolidierende Maßnahmen. Parallel dazu weist die Armutsbekämpfung der Agenda 2030 den Weg zur Bekämpfung von Flucht- und Migrationsursachen.

Frage 10

Die Sorge vieler Flüchtlinge um ihre engsten Angehörigen, die oftmals noch in den Herkunftsländern bzw. in den Nachbarregionen zurückgeblieben sind, ist sehr belastend und kann Integration verhindern.

Wie stehen Sie zum Familiennachzug bzw. zu Aufnahmekontingenten für Familienangehörige von hier in Deutschland lebenden Geflüchteten?

Ich bin der festen Überzeugung: Integration gelingt besser, wenn ganze Flüchtlingsfamilien nach Deutschland kommen. Dabei geht es nicht darum, ganze „Großfamilien“ nach Deutschland zu holen. Vielmehr ist der Familiennachzug auf die Ehegatten und die Kinder beschränkt. Großeltern, Onkel oder Tanten dürfen nach geltendem Recht nicht nachziehen. Kinder aber sind meiner Meinung nach der beste Integrationshelfer, da sie über Kita und Schule viel leichter Kontakte knüpfen und Menschen zusammenbringen. Für sie spielen kulturelle Unterschiede eine viel geringere Rolle. Menschen integrieren sich schneller, wenn sie mit ihrer Familie hier leben.

Grundsätzlich erhalten nur diejenigen das Recht auf Familiennachzug, die auch in Deutschland bleiben dürfen. Wer abgelehnt wird oder sich noch im Verfahren befindet, darf seine Familie nicht nachholen. Der Familiennachzug hält sich auch zahlenmäßig im Rahmen: So holten beispielsweise 2014 15.700 Ausländer ihre Ehefrauen nach, 3.200 ihre Ehemänner und 16.000 Kinder – und das bei über 200.000 Asylanträgen allein im Jahr 2016.

Wir haben durchgesetzt, dass innerhalb künftiger Kontingente für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon oder Jordanien vorrangig Ehefrauen (bzw. Ehemänner) und Kinder von hier bereits lebenden Flüchtlingen berücksichtigt werden.

4. Palästina

Frage 11

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – wie zuletzt der Vatikanstaat - für eine Anerkennung eines Staates Palästina ein?

Ja. Ich, die SPD-Bundestagsfraktion, ebenso wie die Bundesregierung und, ich denke, auch die Europäische Union halten an der Zwei-Staaten-Lösung fest. Ich bin der Auffassung, dass zunächst die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden müssen, da einseitige Maßnahmen das Konfliktpotenzial erhöhen und deswegen eine dauerhafte Belastung für den Friedensprozess darstellen würden.

Frage 12

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Beendigung der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete einsetzen?

In Fortführung meiner Antwort zur Frage 11, kann aus meiner Sicht die Zwei-Staaten-Lösung nur funktionieren, wenn die entsprechenden Verhandlungen auf Augenhöhe stattfinden. Derzeit stehen diese Verhandlungen. Die Unruhe und Unzufriedenheit über den Stillstand bei diesen Verhandlungen wachsen, und das ist auch nachvollziehbar. Ich denke, auch im Deutschen Bundestag und in Europa steigt die Frustration über die fortdauernde Besatzung und über die fortgesetzte Siedlungspolitik; vor allem Letztere ist ein großes Hindernis für das Zustandekommen einer politischen Lösung. Diese Frustration erklärt auch die Debatten über eine Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates in anderen europäischen Staaten.